

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 24.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 11. Juni 1909.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

## Im Streit der Meinungen.

Im Pfingstheft der „Hilfe“ brachte der bekannte Pfarrer Raumann einen Begrüßungsartikel zum Evangelisch-sozialen Kongress, in dem er hervorhob, daß evangelisch-soziale Arbeit im Grunde genommen anders beschaffen sei, als katholisch-soziale. Die erstere Art der sozialen Arbeit wisse in dem Ideal „Freiheit“, während das Ideal der letzteren „Schutz“ heiße.

Wer die Verhandlungen des „Evangelisch-sozialen Kongresses“, der Anfang Juni in Heilbronn stattfand, verfolgte, konnte die Wahrnehmung machen, daß Raumanns Kennzeichnung der evangelisch-sozialen Arbeit keine vollständig richtige ist. Es muß allerdings dazu bemerkt werden, daß auch Raumann für praktische Fälle eine Vermischung von Freiheit und Schutz in der sozialreformistischen Welt gelten läßt. Im allgemeinen aber trifft es zu, daß die weitesten evangelischen Kreise, die Freiheit als Grundton der sozialen Bestrebungen zur Anerkennung bringen wollen.

So auch im Streit um die richtige Form der Gewerkschaftsbewegung. Und je mehr Freiheit für den Arbeiter in gewerkschaftlichen Grundfragen wird verlangt, je liberaler die religiöse Anschauung der einzelnen Persönlichkeit ist. Die positiven und mehr konservativ gerichteten Elemente innerhalb der evangelischen Kirche, stehen, soweit sie überhaupt, die Verechtigung der Arbeiterbewegung anerkennen, resp. letztere verfolgen, durchweg auf dem Standpunkte, daß für einen christlich gesinnten Arbeiter nur die christlichen Gewerkschaften in Betracht kommen können. Ihr Sammelpunkt, die „Freie kirchlich-soziale Konferenz“, hat auf ihren Tagungen schon verschiedentlich im günstigen Sinne für die christliche Gewerkschaftsbewegung Stellung genommen. Die liberale Richtung hingegen hat, soweit ihr Sammelpunkt der „Evangelisch-sozialer Kongress“ ist, sich bislang noch für keine Gewerkschaftsrichtung festgelegt.

Aber auch hier wird mit der Zeit eine entschiedener Stellungnahme zur christlichen Gewerkschaftsbewegung erfolgen müssen. Daß die Stimmung gegenüber den christlichen Gewerkschaften im Laufe der Jahre innerhalb der Kreise des „Evangelisch-sozialen Kongresses“ keine unangünstigere geworden ist, lehrt trotz der Verschiedenheit der Meinungen die Heilbronner Tagung. Durch die Worte verschiedener Redner klang es deutlich, daß im Gewerkschaftsstreit zuguterletzt nicht die Freiheit, sondern die Wahrheit den Sieg davontragen werde. Und in Konsequenz dieser Ueberzeugung sehen wir denn auch, wie der Referent, der das Thema: „Geistige Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung“ behandelte, Lic. Schneemelcher, empfehlende Worte für die christlichen Gewerkschaften fand. Ihm folgten als Mitseher Staatssekretär a. D., Graf Posadowski und der Lithograph (jetziger Leiter eines Privatbeamtenverbandes) Tischendörfer.

Lic. Schneemelcher konnte darauf verweisen, wie die Hoffnung einer früher zu Frankfurt a. M. stattgefundenen Tagung, die „freien“ Gewerkschaften würden sich zu einem politischen Gegengewicht gegenüber der Sozialdemokratie entwickeln, sich nicht erfüllt hätten. Man hat damals gehofft, daß sich die Gewerkschaften von der politischen Bevormundung freimachen würden. Diese Hoffnung sei nicht erfüllt worden.

Zur Charakterisierung der „freien“ Gewerkschaften ist es nicht unbedingt notwendig, daß Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei eins sind, wie der Gewerkschaftler Böhmeltz einmal gesagt hat. Die Gewerkschaftler fühlen auch ihre Macht, wie sich aus den Erörterungen der Raiffeisfrage, des Generalfreizeits u. a. auf dem Nürnberger Parteitag gezeigt hat. Aber beide fühlen sich wenig zu einander hingezogen, ja sie sind, wenigstens soweit der Norden Deutschlands in Betracht kommt eins. Da fragt sich nun, was ist und leistet uns die sozialdemokratische Partei. Eine Autorität wie Professor Herker, kommt zu dem Ergebnis, daß die Sozialdemokratie durch einseitige Betonung des Klassenkampfes und Klassenhasses unendlich gesündigt hat, daß sie gefehlt hat gegen die vaterländischen Güter und gegen die christliche Religion und das Schlagwort „Religion ist Privatangelegenheit“. Wir wollen eine Arbeiterpartei haben, die an unserer nationalen Gedanken mitarbeitet. Das ist bisher weder von den freien, noch von den kirchlich-dunderschen Gewerkschaften geschehen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist aus dieser Idee entstanden. Die christlichen streifen heute ebenso wie die zwei anderen genannten Gewerkschaften. Sie wollen eine konsequente Arbeiterpartei sein; sie kämpfen mit derselben Macht wie die anderen Gewerkschaften. Auch die christliche Bewegung ist klassenbewußt. Allerdings heruntergerissen wird nicht alles und jedes, was die heutige Gesellschaft tut, wie es seitens der freien Gewerkschaften geschieht. Vom Standpunkt einer ehrlichen Sozialreform läßt sich nichts gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung sagen. Mit dem Worte christlich wird kein Mißbrauch getrieben. Die Tendenz ist gesund. Die christlichen wollen die Löhne der freien Gewerkschaften nähigen. Es wird kein Klassenbegriff verlangt. Es ist nicht richtig, daß die christlichen im Fahrenwasser des Zentrums schwimmen. Wahre Neutralität müssen sie pflegen. Ich will nur hoffen, daß die Frage uns so bald nicht wieder vorliegt, daß sie eine wichtige

Standesvertretung wird, der noch große Erfolge beschieden sein mögen.“

Das einzige was Schneemelcher an der christlichen Gewerkschaftsbewegung auszusetzen hat, ist die Schaffung einer eigenen Buchdruckerorganisation. Das hätte nicht geschehen sollen, weil der Buchdruckerverband neutral sei. Diese Ansicht läßt sich gewiß entschuldigen, wenn sie von jemandem vorgebracht wird, der keine Gelegenheit fand, sich in der eingehendsten Weise mit den Tendenzen im Buchdruckerverbande zu befassen. Nichtsdestoweniger sind aber die Ausführungen Schneemelchers über die christlichen Gewerkschaften beachtenswert, weil sie in einer Versammlung gesprochen wurden, die in der Hauptzusammensetzung aus den verschiedensten Gründen den christlichen Gewerkschaften durchaus mißtrauisch gegenübersteht. Es darf wohl angenommen werden, daß in einer solchen Situation, die Worte für die Bewegung, viel sorgfamer abgewogen werden, als gegen sie.

Das zeigte sich schon in dem Korreferat des Pfarrers Traub-Dortmund, eines alten Kämpfers „gegen den in den christlichen Gewerkschaften herrschenden Ultramontanismus“. Neben dem „Ultramontanen“ haßt er die „Christlich-sozialen“, die dem Worte „christlich“ in der sozialen Welt einen unangenehmen Klang gegeben haben sollen. Daß der „Ultramontanismus“ in den christlichen Gewerkschaften eine Schutztruppe finde, ersieht Traub daraus, daß die kirchlichen Autoritäten ein Zusammenarbeiten der Katholiken mit den Protestanten duldeten. Es frage sich, ob dies der Fall wäre, wenn das Stärkeverhältnis der Katholiken zu den Protestanten im umgekehrten Verhältnis stände. Der Ertrag der christlichen Gewerkschaften werde in absehbarer Zeit einzig und allein der katholischen Kirche zugute kommen. Das bedenklichste an der christlichen Gewerkschaftsbewegung sei, daß sie die kirchlich-dundersche Bewegung einfach beiseite geschoben habe, obschon bei der letzteren volle Neutralität gewährleistet sei.

Mit Recht konnte Graf Posadowski in bezug auf die Traub'schen Ausführungen betonen, daß sich im Raume die Dinge hart stoßen. „Wenn wir die christlichen Gewerkschaften heute nicht hätten, so würden diese Arbeiter der Sozialdemokratie zugefallen sein. Getrennt marschieren und vereint schlagen, scheint mir die richtige Lösung zu sein. Deshalb müssen die christl. Gewerkschaften unterstützt werden in der Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie, die uns allen feindlich gegenübersteht.“

Die am schwersten zugunsten der christlichen Gewerkschaften in die Waagschale fallenden Worte sprach ohne Zweifel Tischendörfer:

„Ich habe eine langjährige Erfahrung in der Gewerkschaftsbewegung hinter mir und weiß, daß wir in den freien Gewerkschaften auf lange nichts zu suchen haben. Ich habe es aus dem Munde bedeutender sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer gehört, daß man sich evangelisch-nationale Arbeiter als zahlende, aber nur als zahlende Mitglieder wohl gefallen lassen könnte. Es ist nur theoretische Liebhaberei, wenn man glaubt, daß wir dort einen Einfluß ausüben können. Wir müssen heute weiter gehen und uns offen für die christlichen Gewerkschaften bekennen.“

Das sagte derselbe Tischendörfer, der sich jahrelang in den „freien“ Gewerkschaften zu deren Neutralisierung bemüht hat, und der später den kirchlich-dunderschen Gewerkschaften sympathischer gegenübergestanden hat als den christlichen. Seine Worte wiegen deshalb doppelt schwer, weil sie der Ausfluß der eigenen in der Gewerkschaftsbewegung gemachten Erfahrungen sind. Der auf dem Kongress anwesende Kollege Behrens verwies mit Recht darauf, daß die Arbeiterpartei vor allem Klarheit verlange. Tischendörfers Werdegang bestätigt die Richtigkeit dieser Behauptungen. Mag auch Pfarrer Traub-Stuttgart gleich seinem Dortmunder Namensvetter auf dem Standpunkte stehen, daß jede Verbindung mit dem „Ultramontanismus“ noch immer schlecht ausgegangen sei und die Lösung: Vereinigung aller christlichen Elemente gegen den Umsturz nicht mehr locke, er wird die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen vermögen, daß die christlichen Gewerkschaftler der Sammelpunkt für alle christlichen Elemente bilden werden, die den ehrlichen Willen haben, dem Arbeiterstande zu besseren Daseinsbedingungen zu verhelfen. Da mögen Fischer-Neutlingen, Raumann-Leipzig, Münz-Magdeburg, Barenhold-Ulm u. a. den Pfarrern Traub die Stange halten und durch die weitgehendste Freiheiten in der gewerkschaftlichen Betätigung das Beste wollen, ihr Freiheitsdrang und gewerkschaftlicher Antikultramontanismus wird immer negative Erfolge zeitigen. Damit ist die nichtsozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit sie an dem staatlichen Gedanken mitwirkt, nicht zufriedenzustellen. Schwungvolle und geistreiche Reden schaffen nicht den Wert einer Bewegung, sondern die positive Wirksamkeit. Und was die anbelangt, können sich ruhig die Jurisprecher der christlichen Gewerkschaften mit ihren Antipoden messen. Je älter die auf dem Evangelisch-sozialen Kongress zu Worte gekommenen Gegner der christlichen Gewerkschaften werden und je mehr sie den guten Willen bekunden, objektiv zu betrachten wo positive Kulturarbeit unter den Arbeitermassen geleistet wird, um so

deutlicher werden sie erkennen, daß die von ihnen propagierte Organisationsfreiheit des christlichen Arbeiters, den letzteren, zur christlichen Gewerkschaftsbewegung treiben wird. Am letzten Ende ist der Arbeiter eben dort zu finden, wo ihm eine gute Vertretung seiner Interessen gewährleistet wird, wo die Wahrheit ihm die Wege zur Freiheit zeigt.

## Die badische Fabrikinspektion im Jahre 1908.

Der alljährlich von der badischen Fabrikinspektion herausgegebene Tätigkeitsbericht liefert jeweils dem Gewerkschaftler und allen, die sich mit der Arbeiterfrage oder -bewegung zu befassen haben, außerordentlich wichtiges Material. So kommt es, daß der Bericht immer wieder in weiten Kreisen mit einer gewissen Spannung erwartet wird und sich nachher eine umfangreiche Erörterung daran knüpft. Auch für unsere Kollegen bietet derselbe viel des Interessanten. Wäre es möglich, den Bericht oder doch wenigstens einzelne Punkte zum Gegenstand einer Besprechung in unsern Versammlungen zu machen, so könnte das nur für die Kollegen von größtem Vorteile sein.

Eine erfreuliche Vermehrung der Beamten bei der Fabrikinspektion hat im Laufe des Jahres stattgefunden, indem ein Chemiker als wissenschaftlich gebildeter Hilfsarbeiter und ein Techniker als technischer Assistent eingetreten sind. Sollen diese Institutionen ihre Aufgaben in der wünschenswerten Weise durchführen, so ist auch auf die genügende Anzahl Beamten Bedacht zu nehmen und ist von diesem Gesichtspunkte aus die Vermehrung zu begrüßen, zumal durch die industrielle Entwicklung des Landes das Arbeitsgebiet immer mehr an Ausdehnung gewinnt.

Aus dem Kreise der Arbeiterschaft liefen 119 (112 im Vorjahre) Schriftsätze über Mißstände in gewerblichen Anlagen ein, und zwar 44 (47) unmittelbar von Arbeitern und 75 (65) von ihren Vertretern, Organisationen usw. Zu mündlichen Verhandlungen erschienen 182 (173) Arbeitgeber und aus dem Arbeiterstande 28 (51) Personen, zum Teil Vertreter der Organisationen. Unter dieser Zahl befinden sich auch die in den ausmündigen Sprechstunden erschienenen. Von den 119 eingelaufenen Beschwerden waren 62 völlig und 26 teilweise begründet, 25 erwiesen sich als nicht begründet, 6 Fälle sind noch nicht erledigt. Auffallend ist, daß die Zahl der zur mündlichen Verhandlung erschienenen Arbeiter von 51 auf 28 (im Jahre 1907 von 66 auf 51) zurückgegangen ist. Hieraus kann man schlußfolgern, daß entweder die Verhältnisse in den Betrieben sich so gebessert haben, daß manche Verhandlungen überflüssig wurden, oder aber, daß das Interesse und das Vertrauen der Arbeiter zur Inspektion sich geändert habe. Hier und da macht man allerdings die Erfahrung, daß Arbeiter aus unbegründeter Furcht oder aus Unkenntnis begründete Beschwerden zurückhalten. Nach unserm Dafürhalten liegt kein Grund vor, daß die Arbeiter, wenigstens in Baden, nicht zu der Inspektion volles Vertrauen haben könnten, man ist eifrig bemüht, die Arbeiter vor Schäden im Arbeitsverhältnis zu bewahren.

Bemerkenswert erscheint, daß trotz der wirtschaftlichen Krisis im Jahre 1908 die Zahl der Fabrikbetriebe und ähnlicher Anlagen von 10 142 auf 10 425, also um fast 300 vermehrt und daß die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen unter 16 Jahren von 3268 auf 3312 und der jugendlichen Arbeiter von 3905 auf 3875 gestiegen ist. Die Zahl der Arbeiter betrug 1907 235 327, im Jahre 1908 aber 229 935, also ein Rückgang um 5400. Hierbei verdient hervorgehoben zu werden, daß die Zahl der erwachsenen Arbeiter von 152 181:1907 auf 145 969 gefallen, dagegen die der erwachsenen Arbeiterinnen von 62 625 auf 63 242 in der gleichen Zeit gestiegen ist. Diese Zahlen ergeben, daß für die Arbeiterorganisation noch ein ausgiebiges Arbeitsfeld vorhanden ist, denn der weitaus kleinste Teil der Arbeiter ist heute gewerkschaftlich organisiert.

In einem Betriebe waren durchschnittlich 22,0 (23,2) Arbeiter beschäftigt. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe waren es durchschnittlich je 10 (11) Arbeiter, während in Allgemeinen in 1457 (1467) Betrieben der Holzindustrie 14 442 (15 520) Arbeiter beschäftigt waren. Es ist demnach ein Rückgang der Betriebe um 10 und der Arbeiter um 1078 eingetreten.

An Revisionen in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen wurden vorgenommen 4275 (3982) davon 31 (21) in der Nacht und 28 (33) an Sonn- und Festtagen. Von den revidierten Anlagen wurden 3223 (3208) einmal, 296 (279) zweimal und 48 (68) mehr als zweimal besucht. Demnach wurden 37,9 (35,9) % der Betriebe revidiert. In den revidierten Anlagen befanden sich 137 670 (130 138) Arbeiter gleich 60,5 (55,9) % der Gesamtarbeiterzahl. Die Zahl der in der Holzindustrie vorgenommenen Revisionen hat sich auch im Berichtsjahre vermehrt und zwar von 35,8 auf 50,3 % der Betriebe. Ob diese Zunahme nun eine rein zufällige ist, oder ob die Verhältnisse in den Betrieben der Holzindustrie eine vermehrte Aufmerksamkeit erfordern, geht nicht deutlich

aus dem Berichte hervor, bleibt für uns aber immerhin beachtenswert.

Die Wirkungen der Revisionen kamen in der Zahl erlassenen Auflagen zur Geltung.

Von den 3306 (3586) Auflagen wurden 1588 (1297) zur Verhütung gesundheitsgefährlicher Einflüsse erlassen, nämlich hinsichtlich der Beleuchtung 45 (8), Lüftung 84 (83), Staubbeseitigung 32 (43), Beseitigung von Rauch, Dämpfen und Gasen 50 (67), Reinhaltung von Arbeits- und Aufenthaltsräumen, Aufstellen von Spundnäpfen, Beseitigung von Wandanstrichen 217 (324), Reinigung 8 (11) Beseitigung ungeeigneter Arbeits-, Wohn- und sonstiger Räume 25 (19), Einrichtung von Bedürfnisanstalten und Reinhaltung solcher 98 (145), Beschaffung von Garderobe, Aufenthalts- und Speiseräumen 107 (2207), Wasch- und Baderäumen, Wassergapsstellen 176 (131) überfüllter Arbeitsräume 67 (51), Verbesserung von Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräumen, Schutzhütten, Sitzgelegenheiten usw. 100 (161), Verbesserung von Baderäumen 547 (-), Sonstiges 37 (34).

Daß den Beamten bei ihrer Tätigkeit hier und da Schwierigkeiten entstehen, dafür liefert der Bericht ebenfalls den Beweis und folgende Fälle mögen zur Illustration angeführt sein:

Bei der Revision einer Maschinenfabrik Oberbadens versuchte der Beamte begleitende technische Betriebsleiter sich in ungeschicklicher Weise über angeblich drückende und die Existenz des Betriebes bedrohende Auflagen auszulassen. Erst nachdem der Aufgegriffte nachdrücklich zur Ruhe und geziemendem Ton vermahnt worden war, konnte die Revision ungehindert vollzogen werden. Die angelegte Verbesserung von Betriebsbedingungen erfolgte ohne amtliche Auflage. — Der Inhaber eines sehr primitiven und unsauberen, hinsichtlich der Ordnung und Arbeiterwohlfahrt stark vernachlässigten Betriebs wurde gegenüber dem Beamten der Fabrikinspektion in einer Weise auffällig, daß weitere Verhandlungen mit ihm in seinem eigenen Interesse abgebrochen werden mußten. Anlässlich eines Termines bespitzelte der Fabrikant im Beisein einer größeren Kommission, sein Betrieb werde alljährlich mindestens einmal von der Fabrikinspektion beauftragt und jede Revision habe Auflagen im Betrag von 800—1000 Mark zur Folge; er könne das beweisen. Zur sofortigen Beweisführung aufgefordert, vermochte er als Auflage nur die Unterjagung eines Kommissionsmitgliedes, die Anbringung eines Dampfabzuges über einem Schmelzofen und die Beschaffung von Niederschneidern anzuführen, alles zusammen ein Betrag von etwa 150—200 Mark. — In Abelsheim verübte ein Inspektor eine Bäderlei in Abwesenheit des Besitzers, dessen Frau dem Beamten den Weg zur Badstube zeigte. Kurze Zeit darauf stellte der Bädermeister dem Beamten im Gasthaus zur Rede und setzte trotz Vorweisung der Legitimationskarte seine Ungehörigkeit fort. Die Angelegenheit wurde durch Entschuldigungsvertrag auf dem Bezirkamt erledigt.

Ergibt sich hiermit schon das mangelnde soziale Verständnis mancher Arbeitgeber, so beweisen die im Bericht angegebenen Zuwiderhandlungen gegen gesetzliche Bestimmungen durch dieselbe eine große Rücksichtslosigkeit. Wurden doch 148 (158) Verstöße gegen die Bestimmungen betr. den Schutz der jugendlichen Arbeiter festgestellt, wogegen die Feststellung der Uebertretungen gesetzlicher Bestimmungen betr. der weiblichen Arbeiter nach dem Bericht meist schwierig ist, weil die Arbeiterinnen in der Befürchtung ihre Stelle zu verlieren, nur selten mit der Sprache herausgehen. Trotzdem gelang es, in einer Anzahl Fällen den gesetzlichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Wie übrigens manchmal die Arbeitskraft mißbraucht wird, ergibt sich aus folgenden Angaben.

In einer Getreidemühle wurde ein Gehälte wiederholt bis zu 37 Stunden ohne Unterbrechung beschäftigt; in einem Sägewerk des Schwarzwaldes wurde der noch nicht 10 Jahre alte Sohn des Überwärters täglich etwa 5—6 Stunden an einer Kreisäge als Aufsicht und in einem Sägewerk der Schwarzwalde ein jugendlicher Arbeiter täglich erheblich mehr als 10 Stunden als Heizer beschäftigt. Eine eigenartige und ungewöhnliche Frauenarbeit fand sich in einer kleinen Bürstenfabrik des Schwarzwaldes, in welcher der Heizer durch die Tochter des Besitzers ersetzt wurde. Ein anderer Bürstenfabrikant des Schwarzwaldes hat in seinen 3 Familien Betriebskinder angestellt, von denen eine den horrenden Lohn von 1,50 Mk. pro Tag erhält. Wie eine entsprechend gewandte Beschäftigung männlicher durch weibliche Arbeiter, bzw. ein Betriebsmeister würde sich wohl kaum mit einem solchen Verdienste zufrieden geben.

Besüglich der Verkürzung der Arbeitszeit erwähnt der Bericht, daß auch in weiteren Fabrikbetrieben die Ueberzeugung eingebracht ist, daß Einschränkungen der Arbeitszeit nicht im gleichen Verhältnis Produktionsanstöße zur Folge haben müssen, wozu zu erkennen ist, daß eine entsprechende Reduzierung der Arbeitszeit ohne Schädigung wohl durchführbar ist. Die Urteile der Arbeitgeber über die Wirkungen der Verkürzung der Arbeitszeit auf die Lohnhöhe weichen noch immer sehr von einander ab. Häufig ist in einem und demselben Industriezweig der eine Teil der Ansicht, daß die Arbeiter mehr verdienen, durch Steigerung ihrer Leistungen ohne Lohnvermehrung, während der andere Teil mit aller Entschiedenheit behauptet es ausschließlich einer entsprechenden Lohnvermehrung zu, wenn die Verdienste nicht zurückgegangen sind.

Die Frage der Sicherheitsstellen an Hahnenmaschinen, die häufig in unsern Organen leicht erstickt werden, findet im Bericht ebenfalls eine eingehende Behandlung. Demnach hat die Zahl der Unfälle durch Hahnenmaschinen in den letzten Jahren eine beträchtliche Abnahme erfahren, was auf eine sorgfältigere Aufsicht und Beachtung der Arbeiter zurückzuführen ist, was im Interesse der Arbeiter eine lobenswerte Erkenntnis verdient. Eine entsprechende Erfahrungswerte von Seiten der verantwortlichen Elemente der Industrie wird hier mitgeteilt sein, um die Arbeiter vor solchen Schäden zu bewahren.

Die Zahl der Unfallanzeigen, die von den Bezirkämtern bei der Gewerbeinspektion eingegangen, betrug 7640 (5887), von denen waren 50 mit tödlichem Ausgang. Auch in dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, daß manche Unfälle auf Unachtsamkeit und Nachlässigkeit der Arbeiter zurückzuführen sind, was im Interesse der Arbeiter eine lobenswerte Erkenntnis verdient. Eine entsprechende Erfahrungswerte von Seiten der verantwortlichen Elemente der Industrie wird hier mitgeteilt sein, um die Arbeiter vor solchen Schäden zu bewahren.

Offenbar läßt der Bericht eine wohlthuende Wirksamkeit im Interesse des Arbeiterstandes erkennen. Mögen daher die Arbeiter der Fabrikinspektion volles Vertrauen entgegenbringen. Dadurch wird es möglich sein, die Wirksamkeit der Inspektion noch zu erhöhen zum Nutzen des Arbeiterstandes.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 24. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. Juni fällig ist.

Die Zahlstelle München erhält die Genehmigung ab 1. Juli d. J., einen wöchentlichen Lokalbeitrag von 40 Pfg. (Gesamt-Wochenbeitrag 90 Pfg.) zu erheben.

Verloren wurde das Mitgliedsbuch Nr. 35373 auf den Namen Heinrich Bücherhoff, Korzarbeiter, lautend. Das Buch ist für ungültig erklärt.

### Lohnbewegung.

Verbandsmitglieder! Trebet keine Arbeitsstelle an, ohne Euch vorher bei der Verwaltung der zuständigen Zahlstelle zu erkundigen, gleich als im Organ die Sperrz über den Betrieb bekannt gegeben ist oder nicht. Letztliche Geschäftsanträge erfordern es vielfach, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht sofort alle Bewegungen und Streiks an die große Glocke gehängt werden.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zahlstelle jede Woche vor Reaktionsfrist einen Bericht über den Stand der Bewegung einzufenden.

#### Der Jagd ist ferngehalten

Schreiner und Maschinenarbeiter: Dortmund, Röhlinghausen, Jagen (Löffler & Blatte), (Flothmann), (Arndt & Dreyer), (Eidholz), Herne, Buer (Dörpinghaus), Gelsenkirchen, Grewen, Bärzberg, Helmstedt (Saulsch), Herford (Kull & Knigge, Herforder Möbelindustrie), Bad Deynhausen (Droste und Ottenmeier), Borsdorf, Schneidemühl, Kärnberg, Eriex (Hrn. Joh. Radin), Billingen, Günzburg (Jesle).  
Schreiner und Hilfsarbeiter: Badisch-Rheinfelden (Electro-Chemische Fabrik Rottm.)  
Sägearbeiter: Düsseldorf (Häfflinger).  
Lebriener: Hamburg.  
Stechmacher: Hamburg.  
Zimmerer: Grewen.

#### Zur Aussperrung im Ruhrgebiet.

Der in der vorigen Nummer mitgeteilte Beschluß der Jahreshauptversammlung des Arbeitgeberverbandes in Bielefeld scheint mir ein lausliches Manöver gewesen zu sein. Denn gleich am anderen Tage ging uns von Herrn Beigeordneten Rath, der bekanntlich der Arbeitgeberversammlung in Bielefeld beiwohnte, folgender Einigungsantrag zu:

Essen, 24. Mai 1909.

Im der Bewegung im Schreinerzweig im rheinisch-westfälischen Industriegebiet im allseitigen Interesse ein lausliches Manöver habe zu bereiten, gestalte ich mir in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Einigungsamtes für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen den beteiligten Organisationen folgenden Einigungsantrag zu machen:

- 1. Die Arbeit wird unter Aufrechterhaltung aller Abkündigungen unter den vor Beginn der Bewegung vorhandenen Bedingungen allmählich wieder aufgenommen.
  - 2. Die im obigen Beschluß des Arbeitgeberverbandes vom 6. März d. J. eingehenden Forderungen werden nachträglich den an die Arbeitsstelle zurückkehrenden Arbeitnehmern angeschlossen.
  - 3. Alle beteiligten Organisationen erklären sich mit der abschließenden Aufnahme von Tarifvertrags-Verhandlungen vor dem Innegehen einverstanden.
- Ich bitte um lausliche Zustimmung, wenn möglich dringliche vorläufige Zustimmung, damit die Wiederaufnahme der Arbeit keine unnötige Verzögerung erleidet.

Der Vorsitzende des Einigungsamtes.  
Herr: Rath, Beigeordneter der Stadt Essen.

In diesen Vorschlägen nahmen unsere ausgesperrten Kollegen in den einzelnen Orten Stellung mit dem Resultat, daß einstimmig die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen ausgesprochen aber ebenso einstimmig es abgelehnt wurde, die Arbeit vor Beendigung der Verhandlungen aufzunehmen. In einem Telegramm wurde dies dem Herrn Beigeordneten Rath am 3. Juni mitgeteilt. Der Kampf wird also so lange weitergeführt, bis annehmbare Zugeständnisse seitens der Arbeitgeber gemacht sind. Es wird kein vernünftiger Mensch unsere Kollegen zumuten können, daß sie sich zwei Monate aussetzen lassen und dann wieder in ein ungewisses Arbeitsverhältnis zurückkehren sollen.

Insoweit ist die Aussperrung vom Arbeitgeberverband aufgehoben worden. Von diesem Beschluß hat sich jedoch kein Kollege im Ruhrgebiet hören lassen. Für uns ist der Kampf erst dann beendet, wenn über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine Einigung erzielt ist. Bis dahin ist der Jagd streng ferngehalten.

Zur Dezision des 8. Juni hat Präsident des Herrn Beigeordneten Rath eine Einigungsverhandlung im Rathaus in Essen abgehalten. Über das Ergebnis werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Lohnbewegung in München. Die Arbeitgeber im Münchener Lager- und Holzgewerbe haben aufeinander bei den Verhandlungen in der Geschäftsstelle Einigkeit gewonnen. Es wurden die Forderungen des Einigungsamtes nachgegeben. Es wurde in einer öffentlichen Geschäftsversammlung folgende Resolution angenommen:

„Die Versammelten verpflichten sich, unter letzten Umständen auch irgend welche persönliche Anrechnungen mit einzelnen Arbeitgebern einzugehen. Die Organisation wird beauftragt, alle nötigen Maßnahmen zu treffen, um den evtl. Anschlüssen der Arbeitgeber wirksam begegnen zu können. Dazu verpflichtet sich jeder einzelnen Anordnungen der Organisation Folge zu leisten.“

wurde von den Herren sofort die Aussperrung beschlossen und ohne jede Ankündigung durchgeführt. Weiter wurde ein Flugblatt nachstehenden Inhalts von der Meisterschaft aus gegeben.

„Die unerhörten Verdröhnungen, Unwahrheiten und Verschuldigungen, welche die Leiter der Gehilfenorganisation Zeitungen und Plakaten wegen unserer Tarifkündigung und unseres neuen Tarifentwurfes auf uns häufen, haben gestern den 28. Mai, 76 versammelte Arbeitgeber (Tapeziermeister und Möbelfabrikanten) nach eingehenden Verhandlungen veranlaßt beschließen: 1. Heute am 29. Mai sind alle organisierten Gehilfen zu entlassen. 2. Nichtorganisierte Gehilfen werden weiter beschäftigt; dieselben sind auf den in unserer Versammlung am 21. Mai festgesetzten und am 22. Mai dem Einigungsamte vorgelegten Tarif zu verpflichten. 3. Die Kollegen unterstützen sie gegenständig in der Durchführung dieser Beschlüsse und ihrer Folge Herr Kollege! Wenn Sie nicht wollen, daß alle 2—3 Jahre selbst wie jetzt in Zeiten geschäftlichen Rückganges, die Lohn immer höher, die Arbeitszeit auf unsere Kosten dagegen immer niedriger werden, wenn Sie nicht wollen, daß Sie alle paar Jahre in der besten, kurzen Geschäftszeit einen Streik zu fürchten haben, dann schließen Sie sich unserm Vorgehen an. Wir erwarten das von ihrem Standesbewußtsein, Ihrer Sozialität! Nicht die Angehörigkeit zur Gehilfenorganisation an sich veranlaßt uns zu dem obigen Beschlüsse, sondern die von der Gehilfenorganisation am 27. Mai gefasste Resolution, welche höhnischer Weise unsere angebotenen Lohnerhöhungen usw. zu nicht sich weißt. Diese Gehilfen wollen neben der Lohnhöhe noch eine Erhöhung der Minimallöhne, obwohl schon fast jede Gehilfen über dieselben bezahlt wird, sie wollen die Minderungen gegen deren Willen im Tarifvertrage mit einem Minimallohn und mit Erhöhungen aufgenommen sehen. Eine gerechte Berücksichtigung der wirtschaftlich ungünstigen Lage in den Verhältnissen der Arbeitnehmer haben wir durch die Lohnhöhe in unserem Tarifentwurf eintreten lassen, obwohl wir unter der allgemeinen Verletzung aller Lebensbedingungen, unter der schlechtesten Geschäftslage noch mehr zu leiden haben, als die Arbeiter. Wir eruchen Sie, Herr Kollege, sich unsere Vorgehen, das uns abgenötigt wurde, das uns die Unvermeidlichkeit der Geschäftigkeit der Gehilfenleiter diktiert, sofort anzuschließen. Mit kolleg. Gruß Die Vorstandschaft.“

NB. Von unseren Mitgliedern wird selbstverständlich erwartet, daß sie alle die gestrigen Beschlüsse ausführen, auch wenn sie dabei nicht mitgewirkt haben. Die nicht entlassenen Arbeiter (unorganisierte) wollen Sie uns mit Namen mitteilen. Die Kollegen, die zu Auslieferarbeiten bereit sind, wollen sich unverzüglich melden.“

Auf diese Mitteilung hin haben 34 Geschäfte 146 Gehilfen ausgesperrt. Nach den Angaben eines Kommissionsmitgliedes der Arbeitgeber zählt der Arbeitgeberverband 17 Mitglieder. Im ganzen werden von ungefähr 300 Arbeitgebern 500 Gehilfen beschäftigt, von denen gegen 450 organisiert sind. Es sind ferner bei dem Streik 1907 in 52 Geschäften Einzelarbeitsverträge abgeschlossen worden, die bis jetzt von keiner Partei gekündigt wurden. Drei Arbeitgeber von den 52 haben auch mit ausgesperrt. Diese wurden aber bereits vom Gerichte verurteilt, die Arbeiter wieder einzustellen, was auch geschehen ist. Die Aussperrung zeigt daß bei einem Teil der Arbeitgeber noch genügend sozialer Einsicht besteht. Während andererseits auch gesagt werden muß, daß sich einige sonst recht christlich sein wollende Arbeitgeber recht scharfmacherisch gebärden. Die richtige Antwort auf solches scharfmacherische Treiben ist der Eintritt bis zum letzten Mann in die Reihen der Organisation.

Die Aussperrung bei der Firma Wwe. Johann Martin in Eriex, zeigt so recht, wie sozial rückständig manche Arbeitgeber sind. Unsere ausgesperrten Kollegen hatten, da ihnen eine Einigung über Differenzen nicht allzu schwer erschien um Verhandlungen bei der Firma angefragt. Statt ein Antwort zu geben, wurden die Briefe in einer Form, die unsere Kollegen verächtlich machen sollte, vernichtet. Leider müssen wir gestehen, daß unsere Bemühungen, allseitige Solidarität in dem uns ausgedrungenen Kampfe zu sehen, nicht von Erfolg gewesen sind. Nachdem bereits verschiedene sozialverbündler im Martin'schen Betriebe vorgeschrien hatten nach unserer Aufklärung aber wieder von dammen zurückkommen es unsere ehemaligen Mitglieder Lano und Soldner nicht übers Herz bringen, noch außerhalb der Bude zu bleiben. Wenn die beiden Arbeitswilligen auch nur einigermaßen nachgedacht hätten, wie sie durch ihre Handlungsweise die Eriexer Holzarbeiter ums Koalitionsrecht bringen, würden sie sich sicherlich nicht zu Hausreisenherdiensten herbeigelassen haben. Es dreht sich bei der Aussperrung nicht mehr und nicht weniger als ums Koalitionsrecht. Die Firma Martin hofft sehr wohl, daß sie mit der Maßregelung unserer Vorstandsmitglieder die ganze Organisation treffen würde. Das machen wir noch die Erfahrung, daß auch die übrigen Arbeitgeber unsere Kollegen nicht einstellen. Sie brauchen deshalb doch nicht damit zu rechnen, daß es ihnen gelingt, unsere Zahlstelle zu vernichten. Je mehr die Arbeitgeber das Koalitionsrecht der Arbeiter bekämpfen, umso fester werden unsere Kollegen zum Verbande stehen.

### Berichte aus den Zahlstellen.

München. Die Münchener haben als Mitglieder der Zahlstelle unseres Verbandes, stets unsere Aufgabe darin gesehen, uns an Opferwilligkeit von keiner anderen Zahlstelle des Verbandes überbieten zu lassen. Wir glaubten diese Aufgabe übernehmen zu müssen, in anbetacht der Stellung, welche München unter den Verbandszahlstellen einnimmt. Die Beitragsverpflichtung von 30 auf 50 Pfg. pro Woche, die auf dem Essener Verbandstag beschlossen wurde, haben wir beantwortet mit der Erhebung eines Wochenbeitrages von 80 Pfg. Nachdem dieser Beitrag im Laufe der Jahre lang erhoben worden ist und größere Aufgaben in der kommenden Zeit von der Zahlstelle zu erfüllen sind, beschließen

Am 22. Mai d. J. stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung, den Wochenbeitrag ab 1. Juni auf 90 Pfg. zu erhöhen. Die Kollegen haben für diesen Schritt gestimmt, weil sie die Überzeugung gewonnen hatten, daß die Beitragserhöhung aus den verschiedensten Gründen heraus eine absolute Notwendigkeit sei. Der Verbandsfreundlichkeit wird die beschlossene Erhöhung keinen Abbruch zu tun vermögen, da wir auf Grund der Tatsachen feststellen können, daß unsere Zahlstelle den größten Mitgliederzuwachs in der Zeit hatte, als wir einen sog. „hohen“ von 80 Pfg.) Beitrag erhoben. Dafür, daß unsere Kollegen an der Notwendigkeit des 90 Pfg. Beitrages überzeugt sind, spricht auch, daß wir damit die Beitragsleistung der hiesigen Zahlstelle des soziald. Verbandes überholt haben.

Essen. Unter überaus zahlreicher Beteiligung wurde am Donnerstag den 27. Mai die Gesellenaußscheidung für die Innung in Essen getätigt. Bei der Wahl im Jahre 1904 beteiligten sich 337 Wähler; 1906 728 und bei der diesmaligen Wahl stieg ihre Zahl auf 1062. Sowohl im Jahre 1904 wie auch 1906 erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten die Majorität. Bei der letzten Wahl siegten die „Genossen“ mit einer Mehrheit von 2 Stimmen. Von den 1062 abgegebenen Stimmen zählten bei der diesmaligen Wahl 614 auf die christliche und nur 448 auf die sozialdemokratische Liste. Dieser Sieg muß uns freudiger stimmen, als man sozialdemokratischerseits schon des Tages sicher war. Die hiesigen „Genossen“ scheinen ob des Ausfalls der Wahl sprachlos geworden zu sein. Während vor zwei Jahren in der „Arbeiter-Zeitung“ der sozialdemokratische Sieg als glänzender gefeiert wurde, begnügt man sich heute einfach mit der Bekanntgabe des Resultats. Nach dem Ausgang der vorangegangenen Monate gelang es der Ortskrankenkasse die „Arbeiter-Zeitung“ schon ein wahres Siegesgeheul angestimmt. Den freien Gewerkschaften gehörte die Zukunft“, schloß sie den damaligen Sermone. Auch in einem zu dieser Zeit ausgegebenen Flugblatt hieß es:

„Vor allem kommt es aber auch bei dieser Wahl wieder darauf an, festzustellen, daß wir den „Christlichen“ hierorts an Mitgliedern überlegen sind, denn trotz öfterer Gegenbeweise gehen sie immer wieder damit treiben, die „christlichen“ Gewerkschaften des Baugewerbes seien hier in Essen stärker vertreten als wir.“

Bei den letzten Vertreter-Wahlen zur Ortskrankenkasse erhielten in unserer Gruppe die „Christlichen“ 55 und wir 182 Stimmen. Das Leiborgan der „christlichen“ Gewerkschaften, „Der Volksfreund“, sucht die Sache damit zu beschönigen, daß die Wahl im Winter stattgefunden habe. Im Sommer, so wollte man ausdrücken, wäre die Wahl im entgegengesetzten Sinne ausgefallen.

Davon sind wir aber überzeugt: wenn alle unsere Mitglieder zur Wahl gehen, so werden unsere Kandidaten mit großer Majorität gewählt werden.“

Daß die Mitglieder alle zur Wahl gegangen sind, ist zweifellos gesehen, aber auch von unserer Seite. Nicht nur die Maurer, Zimmerer und Stukkateure, auch unsere Kollegen, soweit sie in Baugeschäften tätig sind, waren vollzählig erschienen. Selbst die Allensteiner Kollegen hatten nicht den weiten Weg gescheut, um zur Wahl zu erscheinen. Hoffentlich stellen auch alle Kollegen bei zukünftigen ähnlichen Gelegenheiten ihren Mann und die Säume der „Genossen“ werden auch hier nicht in den Himmel schiefen.

Münz. Am 24. Mai d. J. fanden hier die Wahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht statt. Die Beteiligung war diesmal eine große. Beiderseits war eine Stimmzunahme zu verzeichnen. Von gegnerischer Seite wurde alles versucht, uns einen anderen Sitz zu entreißen. Der christlichen Arbeiterchaft gelang aber, bei der diesjährigen Wahl einen Sitz zu gewinnen, jetzt 4 Beisitzer auf unsere Liste entfallen. Diese Zunahme umso mehr beachtenswert für den, der die Kampfmethoden und Gepflogenheiten der „Genossen“ kennt. Verschönerung und Verschönerung aller Art mußten sich unsere Wähler gefallen lassen. Deshalb sah man sich schon in den Vormittagsstunden veranlaßt, zu verlangen, daß ein Schuzmann vor dem Wahllokal Ordnung halte, später mußten sogar mehrere Schuzleute hinzugezogen werden. Ganz besonders tat sich der hiesige Lokalbeamte des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, der Stadtverordnete Reiß hervor. Nebenbei bemerkt hat derselbe ja auch für uns nicht gut gearbeitet mit den ständigen Zurufen, ja auf den richtigen Zettel zu achten, wodurch vermieden wurde, daß unsererseits keine gegnerischen Zettel irrtümlicherweise abgegeben wurden. Durch allerlei sonstige Anrempelungen und Zurufe wie „Streifbretter“, „Weibe“ und dergl. sah sich ein Schuzmann veranlaßt, „Genossen“ beim aufzufordern, sich ruhig zu verhalten und diese ungebührlichen Äußerungen zu unterlassen. Als Stadtverordneter aber wollte er solche Zurechtweisung nicht ohne weiteres hinnehmen, weshalb auch noch ein Polizeikommissar und ein Beigeordneter auf ihn einwirkten mußten, worauf er sich allerdings etwas beruhigte. — Beschämend für alle jene ist das gewiß, welche sich von solchen gebildeten Arbeiterführer führen lassen. Anstatt zur Ruhe und Ordnung beizutragen, werden von jener Seite geradezu Unruhen heraufbeschworen. Unsere christlichen Wähler können nicht aus solchem Verhalten die richtigen Lehren ziehen.

Allenstein. In Nr. 21 des „Holzarbeiters“ berichteten wir von dem „Tarifabschluß“ durch die Fachabteilungen Sitz Berlin in Allenstein. Da durch diesen „Tarif“ die Arbeiterchaft auf zwei Jahre an die Arbeitgeber ausgeliefert wurde, ohne auch nur die geringste Verbesserung zu erzielen, ja im Gegenteil, sie im Winter noch 10 Pfg. weniger pro Tag verdient haben wie bisher, so macht sich Allenstein eine gewaltige Empörung gegen die Fachabteilungen der hiesigen Holzarbeiter. Diese kam besonders am Donnerstag den 27. Mai in einer großen öffentlichen Versammlung, welche der Zentralverband christlicher Holzarbeiter“ und vom Zentralverband christlicher Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- usw. Arbeitervereine vor zum Ausdruck. In großer Zahl war die Arbeiterchaft der Einladung der Einberufer gefolgt, so daß sich der große Saal des „Hotel Koppernikus“ bald füllte. Die Arbeiterchaft war noch größerer Anzahl erschienen, wenn nicht Herr Ulrich, des Reichs-Tagungssekretär der Stadt Allenstein und gleichzeitig geistiger Vater der „Fachabteilung“ an den Vertrauensmann der „Fachabteilung“ auf dem Kapellsohnischen Sägewerk einen Brief geschrieben hätte des Inhalts, er möge mit allen Mitteln verhindern, daß die Arbeiterchaft von der Versammlung fern zu halten. So schloß Schopohl-Danzig hatte das einleitende Referat über die Lage der Sache kritisierte er die krankhafte Sucht der „Berliner“ nach Tarifverträgen. In einer Anzahl Beispiele zeigte er, daß es „Berliner“ nur darauf ankomme, Tarifverträge abzuschließen, ohne gleich ob dieselben Verbesserungen oder Verschlechterungen bringen. In der nachfolgenden Diskussion plägierten die Meinungen sich schief aufeinander. Die anwesenden „Berliner“ versuchten die anwesende Position zu retten. Hatten sie schon beim Referat die „Berliner“ Seite versucht, die Versammlung zu führen, so versuchte sich die „Berliner“ Erregung bis zum Lärm, als der

Berliner der Versammlung einem bekneipten „Berliner“, der schon den ganzen Abend geflötet hatte, das Lokal verwies. Drohend drangen die „Berliner“ auf unsern Kollegen Schopohl ein. Einer verfolgte denselben einen Stoß vor die Brust! Nur mit großer Mühe war es möglich, die „Facharbeiter“ zu beruhigen. Dem Kollegen Krause-Danzig vom christlichen Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiterverbande war es ein leichtes, die immer erhobenen Einwände der „Berliner“ zu zerlegen. Er führte aus, daß man in seiner Person einen allen „Berliner“ vor sich sehe, der lange versucht habe in „Sitz Berlin“ mitzuarbeiten. Die Fachabteilungsidee habe aber ihn, sowie 7000 Mitglieder des Verbandes „Sitz Berlin“ gewonnen aus „Sitz Berlin“ auszutreten. So würde auch die Allensteiner Arbeiterchaft mit der Zeit zur Einsicht kommen. Ausdrücklich hob er hervor, daß es ihm fern liege, den katholischen Arbeiterverein zu bekämpfen, was er bekämpfe, sei die Fachabteilungsidee. Darauf stellte Kollege Schopohl an die „Facharbeiter“ die Frage, was „Sitz Berlin“ mache, wenn die Arbeitgeber die Arbeiter zurückweisen mit ihren geringen Wünschen. Herr Pullina (Facharbeiter) ließ darauf seinen Geist leuchten und erklärte, daß wenn die Arbeiter oder die Arbeitgeber einen gefallen Schiedspruch nicht anerkennen könnten, die Facharbeiter ans — „Reichsgericht“ appellierten. Man höre und staune, ans „Reichsgericht“. Kein Wunder, wenn vor einigen Wochen der Arbeitersekretär Kuczinski-Altenstein derartigen Unfug sagte, daß dann auch die kleinen Geister derartiges Zeug nachschwächen. Denzian von der Tischlerfachabteilung meinte allerdings, daß auch die Fachabteilungen das Recht hätten zu streifen. Er habe es schriftlich von Berlin, (vom Hauptvorstand), daß wenn die Arbeitgeber der Sägewerke nichts bewilligten, die Sägewerkearbeiter in den Streik eintreten dürften. Ja so fragen wir: „Warum hat man sich denn doch damit zufrieden gegeben, daß die Arbeiter im Winter 10 Pfg. weniger verdienen pro Tag wie bisher. Ja, daß der Arbeiter im Winter pro Tag 80 Pfennig weniger verdient wie im Sommer? Derartiges verstehen wir nicht. Auch der christliche Bauhandwerker-Verband wurde von den „Berlinern“ vorgenommen, trotzdem es gerade diesem Verbande, der zur Zeit in Allenstein 650 Mitglieder zählt, zu verdanken ist, daß die Bauhandwerker Stundenlöhne bis zu 55 Pfg. und die zehnstündige Arbeitszeit haben. Kollege Maschallat vom Bauhandwerker-Verbande wies die Verdächtigungen zurück und meinte, es müße schlecht um die „Berliner“ bestellt sein, wenn sie nur noch mit Lügen operieren könnten. In seinem Schlusswort wies der Referent Kollege Schopohl alle Einwände der „Berliner“ treffend zurück. Nach der Versammlung ließen sich eine Anzahl Arbeiter in die christl. Gewerkschaft aufnehmen. Die „Herren“ von „Sitz Berlin“ besonders die Vorstandsmitglieder sollten sich lieber um die Finanzwirtschaft in ihrem Verein kümmern, anstatt um die Berufsorganisation der Arbeiter.

### Gewerkschaftliches.

Mit vollem Erfolge gekrönt, sind nunmehr die Bestrebungen der christlichen Arbeiter, die Monopolstellung des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes im Buchdrucker-gewerbe zu beseitigen. Schritt für Schritt wurde „die Organisation von Weltruf“, wie Rehhauser seinen Verband nannte, bezl. der Alleinherrschaft in der Tarifgemeinschaft und im Organisationsvertrage zurückgedrängt. Zuerst mußte er erleben, daß die Bestimmung im Organisationsvertrage fiel, wonach den Prinzipalen aufgegeben wurde nur Mitglieder des soziald. Buchdruckerverbandes zu beschäftigen. Dann erfolgte die Tarifreueklärung des Gutenbergbundes seitens der Prinzipalvereinigung und nunmehr hat letztere auf ihrer Generalversammlung zu Köln am 7. Juni mit 65 gegen 29 Stimmen beschlossen, daß mit dem Gutenberg-Bunde ebenfalls ein Vertrag, die Tarifgemeinschaft betreffend, getätigt werden soll. Damit sich der Buchdruckerverband über die erzielte Niederlage beruhigt, hat ihm die Prinzipalvereinigung ein Pfälzerchen durch folgende Resolution verabreicht:

„Die heutige Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Bereichs hat sich zum Abschluß eines Stützungsvertrages mit dem Gutenbergbunde in Sachen der Tarifgemeinschaft in dem festgesetzten Wortlaute entschlossen, um hierdurch ein weiteres erzehrerisches Mittel zur Kräftigung der Tarifreue zu schaffen. Der Deutsche Buchdrucker-Bereich ist überzeugt, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker, dessen loyale Haltung in Tarifangelegenheiten durchaus anerkannt wird, in dem Abschluß dieses Vertrages nichts anderes erblicken kann, als eine Bemühung des Deutschen Buchdrucker-Bereichs zur weiteren Durchführung des auch von dem Verbande stets hochgehaltenen Grundzuges der Hebung der Tarifreue.“

Eine Gewerkschaft in Finanznöten. Die stärkste deutsche Gewerkschaft, der soziald. Metallarbeiterverband, befindet sich, dank seiner Laktit bei Lohnbewegungen und der zu weit gehenden Unterstützungsanstaltungen in argen Nöten. Der Verband hatte im Vorjahre eine Vermögensabnahme von 660 000 Mk. Das Vermögen beträgt pro Mitglied nur 9,32 Mk., während es im christl. Metallarbeiterverbande auf 27,15 Mk. angewachsen ist. Die Finanzpolitik hat den soziald. Metallarbeiter-Verband denn auch gegenüber dem Scharfmachertum zur vollständigen Ohnmacht verurteilt. „Der deutsche Metallarbeiter“, der diese Tatsache feststellte, wird dafür von der soziald. Presse heruntergemacht, ohne daß letztere jedoch auch nur den Versuch unternahmte, das Gegenteil von dem Besagten zu beweisen. Statt dessen verschleiert man den Sachverhalt und sucht am christl. Metallarbeiterverbände herum zu nörgeln. Es verdient deshalb festgestellt zu werden, daß der Vorstand des soziald. Verbandes selbst nach dem Rechnungsresultat des letzten Jahres sich zu der Ansicht bekehrt hat, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. In Nr. 11 der „Metallarbeiter-Zeitung“ macht der soziald. Vorstand Vorschläge, wie die Finanznöte zu beseitigen ist. Gemäß diesen Vorschlägen soll die Generalversammlung des Verbandes nun einen Ausgleich schaffen zwischen Ausgaben und Einnahmen, 1) durch Verlängerung der Aufrechnungszeit, 2) durch Verlängerung der Steigerungssfristen, 3) durch Aufhebung der Unterstützung beim Aussehen der Arbeit, 4) durch Schutz vor gewohneheits- und gewerkschaftlichen „Kassentrüben“. In der Begründung zu diesen Vorschlägen gibt der Vorstand des soziald. Verbandes selbst zu, daß der Verband sich im

Unterstützungsweisen verrechnet habe und eine Sanierung der Finanzen unbedingt notwendig sei. Deshalb mußten alle größeren Bewegungen ängstlich vermieden, und wenn doch noch solche ausbrechen, nach kurzer Zeit gewaltsam abgemurkt werden. Die Finanzkrise im roten Metallarbeiterverband wird aber auch von besonnenen eigenen Mitgliedern eingestanden und auf Abhilfe gedrängt. So schreibt ein freies Verbandsmitglied B. aus Frankfurt a. M. in Nr. 14 der „Metallarbeiter-Zeitung“ u. a.:

„Nach den bisher gemachten Erfahrungen steht fest: wenn wir nicht ganz zur Versicherungsanstalt herabsinken wollen, dann muß die Unterstützungsanstaltung auf irgend eine Art eine Einschränkung erfahren.“

Dann weist der Kritischschreiber an Hand der Jahresabrechnung der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. das Unhaltbare des jetzigen Zustandes nach und urteilt folgendermaßen:

„Angeichts solcher Tatsachen, wie vorstehend angeführt, muß die Frage aufgeworfen werden: Kann das so weitergehen, wie sollen in Zukunft die Kämpfe geführt werden, und woher soll das Geld kommen?“

Mit diesem Kassandratur eines weiterblickenden Gewerkschaftlers vergleiche man die Prahlereien der sozialdemokratischen Presse, um die innere Hohlheit dieser Schaumschlägerei richtig würdigen zu können.

Ernst Deinhardt †. Am 1. Pfingstfeiertage ist nach längerem Leiden der Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ Ernst Deinhardt, gestorben. Er hat nur ein Alter von 37 Jahren erreicht. Im Jahre 1900 trat er als zweiter Redakteur bei der „Holzarbeiter-Zeitung“ ein und übernahm er nach dem Rücktritt Hässe's im Jahre 1905 deren Leitung. Später betätigte er sich dann auch noch an dem vom soziald. Holzarbeiterverbände herausgegebenen „Fachblatt für Holzarbeiter“. Beide Organe, das „Fachblatt“ als auch die „Holzarbeiter-Zeitung“ haben Deinhardt viel zu danken. — Für die Redaktion der letzteren zeichnet bereits seit einiger Zeit der bisherige zweite Redakteur Kasper.

Therese de la Croix †. Den bisher verstorbenen Angehörigen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung Müller, Braun, Göbhardt und Nonnen ist Therese de la Croix, die Sekretärin des Gewerkschafts der Heimarbeiterinnen gefolgt. Als Tochter eines General-Superintendenten geboren hatte sie es nicht notwendig, den Armen und Ärmsten der deutschen Arbeiterchaft zu dienen. Und doch tat sie es, mit einem bewundernswerten Eifer. Dabei gehörte sie nicht zu jenen, die das Wohl der Schwachen durch Bevormundung und Wohlthaten erreichen wollen, sondern durch heißes Selbstbemühen. Hierzu hat sie angeleitet und 6500 christlichorganisierte Heimarbeiterinnen sind ihr dankbar dafür, daß sie ihnen die richtigen Wege gewiesen hat. Der unlängst stattgefundene Verbandstag der Heimarbeiterinnen hat ihre letzte Arbeitskraft aufgezehrt und war es der Verstorbenen nicht mehr vergönnt Erholung von ihrem Leiden zu finden. Ihr Andenken wird ein gesegnetes sein!

Der soziald. Tapezierer-Verband hält demnächst seinen Verbandstag in Berlin ab. Im wesentlichen dürfte sich der Verbandstag mit einer Neuregelung des Beitragswesens zu befassen haben. Der Hauptvorstand beantragt die Erhöhung des Beitrages auf 60 Pfg. pro Woche, bei den bisherigen Unterstützungsleistungen. Die gleiche Beitragserhöhung beantragen auch die Filialen Breslau, Köln, Mainz und Frankfurt a. O. Die Filiale Hannover, wünschte einen Wochenbeitrag von 70 Pfg. — Festgesetzt zu werden verdient auch, daß die Filialen Hannover, Essen, Eisenach, Wandersbeck, Brandenburg und Ulm den Antrag stellen: Der Hauptvorstand möge mit dem Holzarbeiterverbände zwecks Verschmelzung in Unterhandlungen treten.

Der sozialdemokratische Böttcherverband zählte am Schlusse des Jahres 1908 bei 160 Zahlstellen 7587 Mitglieder. Gegen das Vorjahr ist ein Mitgliederverlust von 269 zu verzeichnen. Die Einnahmen des Verbandes beliefen sich im 1908 auf 194 199,84 Mk. Die Ausgaben auf 195 564,27 Mk. Es wurden mithin 1364,43 Mk. mehr verausgabt als vereinnahmt. Der Bestand der Hauptkassa ist um letztgenannte Summe auf 76 796,26 Mk. gesunken.

„Christlicher Terrorismus“ soll nach der soziald. Presse (Holzarbeiter-Zeitung u. a.) in Neumarkt in der Oberpfalz betrieben worden sein, wie ein Richter in einer Urteilsverurteilung, die sich gegen einen soziald. Gewerkschaftler richtete, erklärt habe. „Solche Kleinigkeiten belassen jedoch das christliche Gewissen nicht sehr; sie werden deshalb nicht weniger über soziald. Terrorismus schwindeln“, so bemerkt dazu die „einfache Holzarbeiter-Zeitung.“ Nur schade, daß sie verschweigt, worin denn der christliche Terrorismus bestanden hat. Auf alle Fälle ist es höchst sonderbar, daß der Richter, der obigen Ausdruck tat, nicht die terrorisierenden Christlichen zur Rechenschaft zog, sondern einen Geosinen, der sich die größtmögliche Schimpffreiheit gestattet, zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilte.

Sie haben sich endlich gefunden. Die feindlichen Brüder in Solingen nämlich, die sich seit Jahr und Tag herumtrafleten und forgesetzt die Ehrenreparaturanstalten der „bewigen“ vertritteten bürgerlichen Gesellschaft“ in Anspruch nahmen. Froh ahmet der „Vorwärts“ auf: Ein mißlicher Streit aus der Welt geschaffen. Die Strafkammer zu Elberfeld sollte erneut in der Klage verhandeln, die der soziald. Metallarbeiterverband gegen die soziald. Solinger Lokalorganisation angehängt hatte. Zur Verhandlung kam es jedoch nicht, da die bisher feindlichen Brüder sich durch folgenden Vergleich einigten:

1. Es wird von beiden Seiten zugegeben, daß hinsichtlich der Vorgänge während des Streits Mißverständnisse vorliegen.

2. Der belagte Vertreter des Industriearbeiterverbandes hat keine gegen den früheren Angehörigen des Metallarbeiterverbandes Sender gemachten Angaben aufrecht und der Vorstand des Metallarbeiterverbandes erkannte an, daß Sender damals nicht forrest gehalten habe.

3. Der Angeklagte nimmt die dem Vorstände des Metallarbeiterverbandes gegenüber gemachten Vorwürfe zurück.

